

Was die *Bruen*-Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA für Amerika bedeutet¹

Der Oberste Gerichtshof der USA hat die in New York geltende Bedingung, wonach es eines „triftigen Grundes“ bedarf, um eine Waffe außerhalb der eigenen vier Wände führen zu dürfen, für verfassungswidrig erklärt. Aber der Kampf für die Freiheit ist damit noch lange nicht vorbei.

Von [Stephen P. Halbrook](#) | America's 1st Freedom, 24. August 2022



Der [Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten](#) hat am 23. Juni 2022 im Fall [New York State Rifle & Pistol Association v. Bruen](#) mit 6:3 entschieden, dass das New Yorker Erfordernis eines „triftigen Grundes“ für die Ausübung des Rechts auf das Tragen von Waffen ungültig ist. Richter [Clarence Thomas](#), der das Urteil für den Gerichtshof schrieb, entschied, dass das Second Amendment das Recht schützt, zur Selbstverteidigung eine Schusswaffe außerhalb des eigenen Hauses zu führen. Jeder gesetzestreue Bürger hat nun Anspruch auf einen Waffenschein.

Die unteren Gerichte leisten massiven Widerstand gegen die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs in [D.C. v. Heller](#) und [McDonald v. Chicago](#) – Entscheidungen, die mehr als ein Jahrzehnt alt sind. In diesen Fällen entschied der Supreme Court, dass das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, ein individuelles Recht ist und dass es Verstöße auf kommunaler, einzelstaatlicher und gesamtstaatlicher Ebene untersagt. Der Gerichtshof hat das Second Amendment so ausgelegt, dass es genau das bedeutet, was es gemäß dem

¹ Alle Fußnoten und Links wurden durch den Übersetzer eingefügt.

ursprünglichen allgemeinen Verständnis aussagt. Mit anderen Worten schrieb Richter Thomas: „Wenn der klare Wortlaut des Second Amendments das Verhalten einer Person deckt, schützt die Verfassung mutmaßlich dieses Verhalten.“ Um eine Einschränkung zu rechtfertigen, „muss die Regierung nachweisen, dass die Bestimmung mit der historischen Tradition der Waffengesetzgebung in dieser Nation übereinstimmt“.

Um dieses klare Urteil zu umgehen, erfanden viele untere Gerichte eine zusätzliche „Abwägungsprüfung“, um das Recht zu demontieren und somit jede einzelne Einschränkung zu bestätigen. Dieser auch als „intermediate scrutiny“² bezeichnete Ansatz ist nichts anderes als eine Version des respektvollen Abwägungstests, den Richter [Stephen Breyer](#) in seinem widersprechenden Sondervotum zum *Heller*-Urteil befürwortete und der von der *Heller*-Mehrheit abgelehnt wurde. „Trotz der Beliebtheit dieses zweistufigen Ansatzes ist es ein Schritt zu viel“, schrieb Richter Thomas in *Bruen*. Das bedeutet, dass die Gerichte den Text und die frühe Geschichte des Second Amendments berücksichtigen sollen, und nicht eine „Mittel-Zweck-Untersuchung“, die es dem vermeintlichen Interesse der Regierung erlaubt, dieses natürliche Recht zu negieren; infolgedessen ist praktisch jede Entscheidung der unteren Instanzen, die auf Teil zwei des angeblichen Tests beruht, jetzt angreifbar.

Was die entscheidungsrelevanten Punkte betrifft, so schränkt nichts im Text des Second Amendments das Recht ein, Waffen in der Wohnung zu „besitzen“ [„keep“], da dies die andere Hälfte des Grundrechts auslöschen würde, nämlich das Recht, „Waffen zu tragen“ [„bear arms“]. Wie in *Bruen* festgestellt wurde, „tragen die meisten Waffenbesitzer weder in ihrem Schlafzimmer noch am Esstisch eine Pistole am Gürtel“.

Was das Erfordernis eines „triftigen Grundes“ anbelangt, mit dem New York die Genehmigungen auf Prominente, Wohlhabende und jene beschränkt hat, die die passenden Bestechungsgelder gezahlt haben – und ja, das ist geschehen –, so schließt der Status dieses Verfassungszusatzes als verfassungsmäßiges Recht „Mama-darf-ich“-Muster aus. „Wir kennen kein anderes verfassungsmäßiges Recht, das ein Individuum nur dann ausüben kann, wenn es den Regierungsbeamten gegenüber ein besonderes Bedürfnis nachgewiesen hat“, schrieb Richter Thomas.

2 Cornell Law School erklärt: „Intermediate Scrutiny ist ein Test, den die Gerichte anwenden, um die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes zu bestimmen. Intermediate Scrutiny wird nur dann angewandt, wenn ein Staat oder die Bundesregierung ein Gesetz erlässt, das sich negativ auf bestimmte geschützte Gruppen auswirkt. [...] Um der „Intermediate Scrutiny“ standzuhalten, muss das angefochtene Gesetz (1) ein wichtiges staatliches Interesse fördern (2) und muss dies mit Mitteln tun, die in einem wesentlichen Zusammenhang mit diesem Interesse stehen. Wie der Name schon sagt, ist Intermediate Scrutiny weniger streng als Strict Scrutiny, aber strenger als der Rational-Basis-Test.“
Quelle: https://www.law.cornell.edu/wex/intermediate_scrutiny.

Die geschichtlichen Hintergründe wurden zurecht gebogen



„In Übereinstimmung mit *Heller* und *McDonald* sind wir der Meinung, dass der Zweite und der Vierzehnte Verfassungszusatz das Recht einer Person schützen, eine Kurzwaffe zur Selbstverteidigung außerhalb des Hauses zu tragen.“ – Clarence Thomas

Um seinen Willen durchzusetzen, berief sich New York auf historische Quellen aus dem Mittelalter bis ins zwanzigste Jahrhundert, um zu argumentieren, dass es Präzedenzfälle für sein Trageverbot gibt. Ja, despotische Könige haben ihre Untertanen manchmal entwaffnet, aber haben wir nicht gerade deshalb das Second Amendment? New York hat es unterlassen, auch die Aktionen von Georg III. als Präzedenzfall heranzuziehen, dessen Versuch, die Amerikaner zu entwaffnen, unsere Revolution auslöste. Wie Richter Thomas schrieb: „Wenn es um die Auslegung der Verfassung geht, ist die Geschichte nicht immer gleich. ‚Die verfassungsmäßigen Rechte sind in dem Umfang verankert, wie sie vom Volk verstanden wurden, *als es sie verabschiedet hat.*““

Anstatt sich auf die Absicht von James Madison und der anderen Gründerväter bei der Ausarbeitung des Second Amendments zu stützen, wollte sich New York auf die Absicht von König Edward III. bei der Verabschiedung des Statuts von Northampton im Jahr 1328 berufen. „Ungeachtet der Tinte, die die Parteien über diese Bestimmung vergießen, hat das Statut von Northampton – zumindest so, wie es im Mittelalter verstanden wurde – wenig Einfluss auf das 1791 verabschiedete Second Amendment“, schrieb Thomas.

Das mit der vergossenen Tinte trifft es voll und ganz. Über ein Jahrzehnt lang hat die von [Bloomberg](#) finanzierte Forschung eine revisionistische Darstellung der Geschichte vom allgegenwärtigen Northampton-Gesetz gefördert, wonach das friedliche Tragen von Waffen ohne „Erlaubnis des Königs“ schon immer illegal gewesen sei. Wie Richter Thomas richtig feststellt, entschied das englische Gericht in der Rechtssache Sir John Knight's von 1686,

dass das Tragen von Waffen nur dann eine Straftat sei, wenn es in einer Weise geschehe, „die die Untertanen des Königs in Angst versetzt“.

Vielleicht von den Revisionisten in die Irre geführt, vertrat Richter Breyer in seinem abweichenden Votum die Ansicht, dass Knight freigesprochen wurde, weil er „seine Verteidigung auf seine Loyalität gegenüber der Krone stützte und nicht auf die fehlende Absicht, Menschen zu erschrecken“. Damit ignorierte er die tatsächliche Aussage des englischen Gerichts und die Tatsache, dass die Krone Knight strafrechtlich verfolgen ließ, weil er gegen die Politik der Krone war. Bei der Krone handelte es sich um keinen Geringeren als Jakob II., dessen Entwaffnung der protestantischen Untertanen die [Glorious Revolution](#) in England auslöste. Diese führte zur Verabschiedung der [Declaration of Rights](#) von 1689, in der erklärt wurde, dass „Protestanten ... Waffen zu ihrer Verteidigung haben dürfen“, und wurde so zum Vorläufer des Second Amendment.

In der Kolonial- und Gründerzeit war das friedliche Tragen von Waffen rechtmäßig. In den Anfängen der Republik verbot eine Minderheit von Staaten das verdeckte Tragen von Waffen, was jedoch aufrechterhalten wurde, weil das offene Tragen legal war. Damit eine heutige Beschränkung gültig ist, muss sie mit Regelungen vergleichbar sein, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Second Amendments allgemein als verfassungskonform akzeptiert wurden, da dies dem Willen des Volkes entspricht. Als die Sklaverei abgeschafft wurde und man mit den „[Black Codes](#)“ versuchte, die Freigelassenen zu entwaffnen, wurde das Vierzehnte Amendment 1868 auch deshalb ratifiziert, um die Rechte aus dem Second Amendment vor staatlichen Eingriffen zu schützen, die sich vor allem gegen Afroamerikaner richteten. Der Umfang des Rechts wurde in dieser Zeit im Wesentlichen als derselbe angesehen wie in der Gründungsphase.

Aber das New Yorker Sullivan-Gesetz, das 1911 erlassen wurde, sagt nichts über das ursprüngliche gesellschaftliche Verständnis aus. Ganz zu schweigen davon, dass „in dem Maße, in dem die spätere Geschichte dem widerspricht, was der Wortlaut sagt, der Wortlaut gilt“. Bedenke diese Regel, oh mächtiges [Neuntes Bundesberufungsgericht](#)! In der Rechtssache *Peruta* haben Sie die Vergabe von Waffenscheinen unter Erlaubnisvorbehalt bestätigt, weil Sie sagten, dass das Second Amendment das verdeckte Tragen nicht schützt. Und in *Young* haben Sie das Verbot des Tragens von Waffen auf Hawaii bestätigt, weil Sie sagten, der Zweite Verfassungszusatz schütze auch nicht das offene Tragen. *Bruen* zieht Ihrer textfeindlichen „Argumentation“ den Teppich unter den Füßen weg.

Der Kampf um die Details



„Die Polizei kann ... keinen Personenschutz für die fast 20 Millionen Einwohner des Bundesstaates New York oder die 8,8 Millionen Menschen, die in New York City leben, gewährleisten. — Richter [Samuel Alito](#)

Der Supreme Court erkennt zwar „seit langer Zeit bestehende“ Gesetze an, die das Tragen von Schusswaffen an „sensiblen Orten“ wie Schulen, Regierungsgebäuden, Parlamentsgebäuden, Wahllokalen und Gerichtsgebäuden verbieten. Solche Orte müssen jedoch eng definiert werden: „Einfach ausgedrückt: Es gibt keine historische Grundlage dafür, dass New York die Insel Manhattan einfach deshalb zu einem 'sensiblen Ort' erklärt, weil sie dicht bevölkert ist und generell vom New York City Police Department geschützt wird.“

Doch während dieser Artikel geschrieben wurde, arbeitete die New Yorker Gouverneurin [Kathy Hochul](#) (Demokratische Partei), die wie alle Beamten auf ihrer Ebene von bewaffneten Leibwächtern geschützt wird, bereits daran, die „schreckliche“ *Bruen*-Entscheidung auszuhebeln, indem sie plante, Schusswaffen an Orten wie U-Bahnen zu verbieten, an denen sie von gesetzestreuen Bürgern am nötigsten gebraucht werden, sowie die Anforderungen für die Erteilung von Waffenscheinen zu verschärfen.

Der Bezirksstaatsanwalt von Manhattan, Alvin Bragg (D), der Gewaltverbrecher nur ungerne strafrechtlich verfolgt, erklärte, dass „mein Büro dieses [*Bruen*]-Urteil analysiert und [Gesetze](#) zur Sicherheit von Waffen ausarbeitet, mit denen die größtmöglichen Schritte unternommen werden, um den heute angerichteten Schaden zu mindern“. Will Bragg die Opfer noch mehr zu Opfern machen? Wie der Amicus-Schriftsatz der Black Attorneys of Legal Aid in diesem Fall zeigt, sind viele ansonsten gesetzestreue schwarze und hispanische Einwohner von New York inhaftiert worden, weil sie versucht haben, sich zu verteidigen.

Diese Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA befasst sich nicht mit dem Verbot moderner Gewehre (der politische Begriff „Sturmwaffe“ [„assault weapon“] taucht nicht

auf), sondern bekräftigt erneut die *Heller*-Regel, wonach das Second Amendment „den Besitz und die Verwendung von Waffen schützt, die zu der ‚betreffenden Zeit allgemein gebräuchlich sind‘“. Gewehre vom AR-Typ sind unbestreitbar im allgemeinen Gebrauch. Nach dem *Heller*-Urteil haben wir in [Heller II](#) das Verbot halbautomatischer Gewehre im District of Columbia angefochten. Die Entscheidung, dass diese Gewehre allgemein gebräuchlich und daher durch den Zweiten Verfassungszusatz geschützt sind, hätte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müssen, da die Mehrheit [der Richter] zugab, dass diese Waffen weit verbreitet sind. Dennoch bestätigte das Gericht das Verbot auf der Grundlage des zweiten Teils des „zweiteiligen“ Tests, den *Bruen* nun zurückweist. Der damalige Richter [Brett Kavanaugh](#) war anderer Meinung und begründete dies damit, dass das Verbot gegen das Second Amendment verstoße.

Alle Bundesberufungsgerichte [circuit courts], die das Verbot von Büchsen aufrechterhielten, räumten ein, dass die verbotenen Feuerwaffen den ersten Teil des Tests bestehen – schließlich sind sie laut *Heller* „tragbare Waffen“ –, mit Ausnahme des Vierten Bundesberufungsgerichts im Fall *Kolbe v. Hogan*. Dieses Gericht stellte die absurde Behauptung auf, AR-15-Halbautomaten seien „wie“ M-16-Vollautomaten und könnten daher verboten werden. Es sah keinen rechtlichen Unterschied zwischen einem Gewehr, das nur einen Schuss pro Abzugsbetätigung abgibt, und einem Maschinengewehr. Das war wirklich ein „der Kaiser hat keine Kleider“-Moment.

Bruen geht zwar nicht auf diese Frage ein, aber Richter Thomas schrieb, dass „die Definition von ‚Waffen‘ zwar gemäß dem historischen Verständnis des Second Amendment festgelegt ist, dass diese allgemeine Definition aber auch moderne Waffen umfasst, die eine bewaffnete Selbstverteidigung ermöglichen“.

Das ist ein Urteil von nationaler Bedeutung

Während das konkrete Urteil gegen New York erging, verwies der Gerichtshof auf die anderen fünf Bundesstaaten mit entsprechenden Einschränkungen, die nun ungültig sind: Kalifornien, Hawaii, Maryland, Massachusetts und New Jersey. Alle sechs Staaten müssen nun ihren „triftigen Grund“ als aufgehoben betrachten und Genehmigungen zum Tragen von Waffen gemäß den anderen bestehenden Verfahren ausstellen. Es besteht keine Notwendigkeit zu warten, bis deren Gesetzgeber jene Gesetzespassagen aufheben, die jetzt als verfassungswidrig eingestuft wurden.

Der Justizminister von Kalifornien hat eine Bekanntmachung herausgegeben, in der er darauf hinweist, dass „die ausstellenden Behörden für die Erteilung eines Waffenscheins keinen Nachweis eines triftigen Grundes mehr verlangen sollten“. Allerdings sollten sie einen Antragsteller gründlich untersuchen, einschließlich einer Recherche in den sozialen Medien, um zu entscheiden, ob die Person einen „guten Charakter“ hat. Der Justizminister von New Jersey kündigte an, dass ein „berechtigtes Bedürfnis“ kein Grund mehr sei, eine Genehmigung zu verweigern, aber ein „guter Charakter“ sei weiterhin erforderlich. Es be-

steht die Gefahr, dass ideologische Tests folgen, die sowohl gegen den [Ersten](#) als auch gegen den Zweiten Verfassungszusatz verstoßen würden.

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels hatten die Justizminister von Hawaii, Maryland, Massachusetts und New York die Entscheidung pauschal verurteilt.

Wie der Gerichtshof feststellt, gibt es in 43 Staaten ein System mit „Shall issue“³-Erlaubnissen. Drei dieser Staaten – Connecticut, Delaware und Rhode Island – haben einen Ermessensspielraum in ihren Gesetzen, aber in der Praxis funktionieren sie wie „Shall issue“. Vermont stellt überhaupt keine Genehmigungen aus, allerdings ist dort auch keine Genehmigung für das offene oder verdeckte Tragen erforderlich. Insgesamt gibt es also 44 Staaten, die das Recht gesetzestreuer Bürger auf das Tragen von Waffen grundsätzlich anerkennen.

Bruen stellt die verschiedenen anderen Anforderungen für Tragegenehmigungen, wie z.B. Zuverlässigkeitsüberprüfungen, die nicht angefochten wurden, nicht in Frage. Da jedoch „jedes Genehmigungssystem missbräuchlichen Zwecken dienen kann, schließen wir verfassungsrechtliche Anfechtungen von Shall-issue-Regelungen nicht aus, bei denen z.B. lange Wartezeiten bei der Bearbeitung von Erlaubnisanträgen oder exorbitante Gebühren normalen Bürgern das Recht auf öffentliches Tragen von Waffen verweigern“. Unausgesprochen bleibt, dass New York bis zu sechs Monate Zeit hat, um einen Antrag auf eine Trageerlaubnis zu bearbeiten, für die eine Gebühr von mehreren hundert Dollar fällig wird.



Hier sieht man Jerry Sperduto, Inhaber von SP Firearms in Hempstead, N.Y., wie er an dem Tag, an dem der Oberste Gerichtshof der USA das Urteil in *New York State Rifle & Pistol Association v. Bruen* gefällt hat, mit Kunden spricht.

3 Shall issue bedeutet, dass die ausstellende Behörde (Sheriff, Polizeibehörde usw.) **gezwungen** ist, eine Waffenerlaubnis zu erteilen, wenn der Antragsteller die grundlegenden Anforderungen erfüllt, die durch das staatliche Gesetz festgelegt sind. Mit anderen Worten: Die örtlichen Behörden können einem Antragsteller die Erlaubnis nicht verweigern, wenn dieser alle Kriterien erfüllt.

Die zustimmenden Sondervoten (Concurring Opinions)

Drei Richter verfassten zustimmende Sondervoten, die alle mit der Auffassung von Richter Thomas übereinstimmen, aber weitere Punkte hinzufügen. Die differierenden Meinungen argumentierten, dass der Fall zur Verhandlung an die untere Instanz zurückverwiesen werden sollte, um herauszufinden, ob es für einen New Yorker wirklich so schwer ist, eine Genehmigung zum Tragen von Waffen zu erhalten.

Richter [Samuel Alito](#) erwiderte, die Akten „sagen uns alles, was wir in diesem Punkt brauchen“. Der Wortlaut des New Yorker Gesetzes und die dazu ergangenen Gerichtsentscheidungen machen deutlich, dass ein „triftiger Grund“ nicht darin besteht, in einem Viertel mit hoher Kriminalität zu leben. Er wies darauf hin, dass Amicus-Schriftsätze „von Mitgliedern von Gruppen eingereicht wurden, deren Mitglieder glauben, dass sie besondere Gründe haben, Angriffe fürchten zu müssen“, einschließlich des Schriftsatzes der [National African American Gun Association](#), den die Anwältin Nezida Davis und ich eingereicht haben.

Richter [Brett Kavanaugh](#), dem sich der Vorsitzende Richter John Roberts anschloss, wies darauf hin, dass „43 Bundesstaaten objektive Vorschriften für die Erteilung von Shall Issue-Waffenscheinen anwenden“, wie z.B. die Abnahme von Fingerabdrücken, eine Zuverlässigkeitsüberprüfung und Schulungen. Das Wort „objektiv“ wird an Bedeutung gewinnen, wenn unseriöse Bundesstaaten versuchen, den „guten moralischen Charakter“ durch ideologische Tests zu ersetzen, um auf diese Weise die subjektiven Kriterien des „triftigen Grundes“ wiederzubeleben.

Richterin [Amy Coney Barrett](#) wies in ihrem zustimmenden Sondervotum auf die wissenschaftliche Debatte hin, ob beim Geltungsbereich des Rechts auf das Tragen von Waffen auf den Zeitpunkt der Ratifizierung des Zweiten Amendments im Jahr 1791 oder auf den Zeitpunkt der Ratifizierung des Vierzehnten Amendments im Jahr 1868 abgestellt werden sollte, durch welches das Second Amendment auch für die Bundesstaaten gilt. Sie warnte, dass die *Bruen*-Entscheidung „nicht so verstanden werden sollte, dass man sich frei auf historische Praktiken aus der Mitte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts verlassen kann, um die ursprüngliche Bedeutung der [Bill of Rights](#) zu ermitteln“. Das ist ein guter Rat, denn gegen Ende des 19. Jahrhunderts tauchten weitere Einschränkungen auf, die mit dem ursprünglichen Verständnis der breiten Öffentlichkeit unvereinbar waren.

Die Gegenstimmen und was noch kommen wird

Wie vorauszusehen war, stimmte Richter Stephen Breyer, dem sich die Richterinnen Elena Kagan und Sonia Sotomayor anschlossen, dagegen. Im ablehnenden Sondervotum geht es unentwegt um Kriminelle, die ihre Opfer mit Schusswaffen ermorden, als ob dies nicht Beweis genug für die Notwendigkeit wäre, dass sich gesetzestreue Bürger schützen können müssen. Richter Alito fragte: „Wie erklärt die widersprechende Meinung die Tatsa-

che, dass eine der Schießereien, die ganz oben auf ihrer Liste steht, in Buffalo⁴ stattgefunden hat?" In der abweichenden Meinung wird auch das offen gesagt merkwürdige Argument vorgebracht, dass *Bruen* im Widerspruch zu *Heller* stehe, dem Richter Breyer ebenfalls widersprochen hat.

Jetzt, da der Oberste Gerichtshof der USA das Recht auf das Tragen von Waffen voll anerkannt hat, liegt viel Arbeit vor uns. Als *Heller* das Verbot von Kurz Waffen im District of Columbia aufhob, erließ der District trotzig neue, willkürliche Beschränkungen, um sich an den Waffenbesitzern zu rächen. Einige von ihnen wurden in dem als *Heller III* bekannten Urteil für ungültig erklärt. Bei Redaktionsschluss hecken die sechs Nanny-Staaten, deren „May Issue“-Gesetze⁵ nun für verfassungswidrig erklärt wurden, bereits neue Einschränkungen aus für das Recht auf das Tragen von Waffen, ganz zu schweigen von anderen grundlegenden Rechten im Zusammenhang mit Waffenbesitz. Die Amerikaner müssen stets wachsam bleiben, um Verletzungen ihrer Rechte aus allen Richtungen zu verhindern.

Stephen P. Halbrook (stephenhalbrook.com) ist Senior Fellow am Independent Institute und Autor von zehn Büchern, darunter *The Right to Bear Arms: A Constitutional Right of the People or a Privilege of the Ruling Class?*

Den amerikanischen Originalartikel mit dem Titel „**What This U.S. Supreme Court Decision Will Mean for America**“ kann man hier abrufen:

<https://www.americas1stfreedom.org/content/what-this-u-s-supreme-court-decision-will-mean-for-america/>

4 Buffalo liegt im Bundesstaat New York. Das strenge Waffenrecht von New York konnte diese Massenschießerei nicht verhindern.

5 May-Issue bedeutet, dass der Antragsteller die grundlegenden gesetzlichen Anforderungen erfüllen muss und die ausstellende Behörde (County Sheriff, Polizei, etc.) nach eigenem **Ermessen** eine Genehmigung erteilen oder verweigern darf.